

Stellungnahme Energienetze Steiermark GmbH

**zum Entwurf der
Gassystemnutzungsentgelte-Verordnung 2013
–
Novelle 2015
(GSNE-VO 2013 - Novelle 2015)**



Ein Unternehmen der
ENERGIE STEIERMARK

13. November 2014

Zum vorliegenden Entwurf der GSNE-VO 2013-Novelle 2015 möchte die Energienetze Steiermark (EN) – Geschäftsbereich GAS – wie folgt Stellung nehmen:

Netznutzungsentgelt für Endverbraucher und Netzbetreiber

zu §10 Abs. 6c:

Im § 72 GWG wird festgehalten, dass das Systemnutzungsentgelt dem Grundsatz der Gleichbehandlung aller Systembenutzer zu entsprechen hat. Die Neuregelung des § 10 Abs. 6c, wobei Anlagen, die Regelreserve auf dem Stromregelreservemärkten zur Verfügung stellen, eine gesonderte Abrechnung erhalten, sieht die EN als nicht sachgerecht an. Diese Regelung verfolgt eine Bevorzugung von Kunden, die am Stromregelreservemarkt teilnehmen zum Nachteil der Gaskunden. Eine Umsetzung in der vorgesehenen Form ist unseres Erachtens aus den oben angeführten Gründen rechtlich bedenklich, da hier ein eindeutiger Verstoß gegen das Gleichbehandlungsgebot vorliegen würde.

zu §10 Abs. 7:

Durch die Ausdehnung der Zone 1 auf 40.000 kWh ist die Zonenaliquotierung nur mehr für sehr wenige Kunden maßgeblich. Es gab dazu in den letzten Jahren kaum Kundenanfragen. Detaillierte Erklärungen zur Netzrechnung bekommt der Netzbetreiber telefonisch, elektronisch oder persönlich in den jeweiligen Kundencentern.

Was die geforderte transparente und nachvollziehbare Verbrauchsabgrenzung auf der Rechnung betrifft, zeigt die Erfahrung, dass die bisherige Methode der Darstellung anhand eines einfachen Beispiels auf der Homepage des FGW sowie der einzelnen Netzbetreiber und die Angabe eines Links auf der Rechnung dazu bei weitem ausreichen. Die Alternative dazu wäre eine mehrseitige detaillierte Erklärung der Berechnungsmethode, inklusive Darstellung und Erklärung der verwendeten synthetischen Lastprofile und Temperaturkurven/-zonen. Dies wird weder das Verständnis des Endverbrauchers

fördern, noch Transparenz und Nachvollziehbarkeit subjektiv für ihn erhöhen. Die Kosten der Rechnungserstellung würden dadurch allerdings drastisch erhöht.

Es wird weiters die Einführung eines „Verbrauchsrechners“ gefordert, mit dem „die Zonenaliquotierung des jeweiligen Kunden und die rechnerische Verbrauchsabgrenzung nachvollzogen werden kann“. Dies bedeutet, dass im Internet eine „kundenindividuelle“ Berechnung und Darstellung erfolgen soll. Es ist nicht möglich, dies nur durch Eingabe des Jahresverbrauches (anonym, ohne sich anzumelden) zu erreichen, da es beim Kunden auch Zwischenablesungen oder Zählertäusche geben kann. D.h. wenn die Gesamtmenge aus der Rechnung als Summe anhand des synthetischen Lastprofiles aliquotiert und auf die Zonen aufgeteilt wird, ergibt das bei Preisänderungen eine andere Aufteilung als wenn Zwischenablesungen berücksichtigt werden. Dadurch kann es zu Verschiebungen zum Preis alt oder Preis neu kommen, da das Verbrauchsverhalten des Kunden sicher nicht 1:1 dem synthetischen Lastprofil entspricht. Der Kunde müsste im Webportal nicht nur die Gesamtmenge sondern die einzelnen Ablesungen (Zeitpunkte und Zählerstände/Mengen) erfassen. Der Kunde müsste sich aus unserer Sicht vorher registrieren (inklusive des gesamten Ablaufs für eine Identifikation, Aktivierungsmail, etc.).

Diese Anforderungen setzen firmenindividuelle Lösungen voraus, da das WEB-Portal eine Kommunikation mit der Datenbank benötigt, um die Daten zu prüfen und zu berechnen. Für die Darstellung sind ja nicht nur die Verbrauchsdaten sondern auch die Ablesezeitpunkte, die Daten des synthetischen Lastprofiles, die Rechnungsdaten, die Preise, etc. erforderlich. Ein kundenindividueller Verbrauchsrechner stellt einen zusätzlichen, durch den bescheidenen allfälligen Nutzen nicht vertretbaren Aufwand für die Gasnetzbetreiber dar, für den es praktisch kein Bedürfnis der Kunden gibt.

Ganz abgesehen von diesen praktischen Problemen findet die Implementierung eines „Verbrauchsrechners“ keine gesetzliche Deckung im GWG. Mangels gesetzlicher Vorgabe, kann dieser

daher auch nicht mit einer Verordnung der E-Control vorgeschrieben werden:

- Gemäß § 126 Abs 5 GWG haben Netzbetreiber und Lieferanten „Verbrauchs- und Abrechnungsdaten für eine Dauer von drei Jahren ab Verfügbarkeit für ... Auskünfte gegenüber berechtigten Endverbrauchern aufzubewahren und unentgeltlich an ihn ... zu übermitteln.“
- Weiters sieht § 126 Abs 6 vor: „Liegt kein Jahresverbrauch vor, so sind die Teilbeträge auf Basis des zu erwartenden Gasverbrauchs aufgrund der Schätzung des Verbrauchs vergleichbarer Kunden zu berechnen. Die der Teilbetragsberechnung zugrundeliegende Menge in kWh ist dem Kunden schriftlich oder auf dessen Wunsch elektronisch mitzuteilen.“
- Gemäß § 126b ist Endverbrauchern ohne Lastprofilzähler, deren Verbrauch nicht mithilfe eines intelligenten Messgeräts gemessen wird, „eine detaillierte, klare und verständliche Verbrauchs- und Gaskosteninformation mit der Rechnung zu übermitteln. Darüber hinaus hat der Netzbetreiber diesen Endverbrauchern die Möglichkeit einzuräumen, einmal vierteljährlich Zählerstände bekannt zu geben. Der Netzbetreiber ist im Fall der Zählerstandsbekanntgabe verpflichtet, dem Versorger unverzüglich, spätestens jedoch binnen zehn Tagen nach Übermittlung durch den Endverbraucher, die Verbrauchsdaten zu senden. Dem Endverbraucher ist innerhalb von zwei Wochen eine detaillierte, klare und verständliche Verbrauchs- und Gaskosteninformation kostenlos auf elektronischem Wege zu übermitteln. ...“

Somit finden sich weder für einen kundenindividuellen Verbrauchsrechner noch für die Erstellung von Tages und/oder Monatsverbräuchen der letzten Abrechnungsperiode eine gesetzliche Deckungen. Vielmehr ist eine Verbrauchsinformation lediglich der (Jahres-) Rechnung beizulegen und - ohne vierteljährliche Zählerstandsbekanntgabe - auch nicht elektronisch zu übermitteln. Offensichtlich wird hier auf Bestimmungen abgestellt (vgl § 126a GWG), die mangels Einsatz von sog. „intelligenten Messgeräten“ im Gasbereich nicht anwendbar sind.

Daher wäre die geplante Änderung des § 10 Abs 7 GSNE-VO gesetzwidrig und wider-spricht damit dem verfassungsrechtlichen Legalitätsprinzip. Auf die Frage der (hier jedenfalls nicht gegebenen) Zumutbarkeit eines Rechtseingriffes, die der VfGH im Rahmen des Sachlichkeitsgebotes des Gleichheitsgrundsatzes prüft, muss daher gar nicht näher eingegangen werden.

Sofern die ECA dennoch die Notwendigkeit eines solchen Rechners sieht, könnte lediglich eine nicht kundenspezifische Ergänzung (exemplarische Berechnung) über den Tarifikalkulator der E-Control abgebildet werden, wobei man dann ein für alle Unternehmen gleichwertiges System hätte, welches zusätzlich dem Kunden bereits bekannt ist.

Sollte trotz der oben angeführten rechtlichen Bedenken eine Umsetzung verordnet werden, gehen wir davon aus, dass alle mit der Implementierung der in § 10 Abs. 7 genannten Methoden der Darstellung der Zonenaliquotierung verbundenen Kosten (z.B. Verbrauchsabgrenzung auf der Rechnung) **als unbeeinflussbare Kosten** im Sinne § 79 Abs. 6 GWG anerkannt werden und eine **entsprechende Übergangsfrist** zur technischen Umsetzung vorgesehen wird.

zu §10 Abs. 8 Z 2:

Betreffend Netznutzungsentgelt für die NE 3 im Netzbereich Steiermark mussten wir im Entwurf feststellen, dass Kunden in der NE 2 ab einer Menge von mehr als 780 GWh einen höheren Arbeitspreis zahlen, als sie gemäß Vorschlag in der NE 3 für die gleiche Menge bezahlen würden. Deshalb schlagen wir folgende Tarifveränderungen vor. Mit diesem Vorschlag ist aus unserer Sicht gewährleistet, dass Kunden in der NE 2 immer geringere Netznutzungsentgelte als gemessene Kunden in der NE 3, Zone A-D, haben.

Tarifvorschlag 2015 von EN		
Arbeitspreis		
[Cent/kWh]	Netzebene 2	Netzebene 3
Zone 1	0,0000	1,8199
Zone 2	0,0000	1,6778
Zone 3	0,0000	1,3624
Zone 4	0,0000	1,1214
Zone A	0,1383	0,6829
Zone B	0,1054	0,0911
Zone C	0,0746	0,0802
Zone D	0,0617	0,0617
Zone E	0,0610	
Zone F	0,0604	
Pausch/Monat (cent)	NE 2	NE 3
		250
Leistungspreis	NE 2	NE 3
[Cent/kWh/h] 1-7	582	580